



medico international

Burgstr. 106
60389 Frankfurt am Main

Telefon
+49 (0)69 94438-0

Fax
+49 (0)69 436002

eMail:
info@medico.de

Internet:
www.medico.de

INFORMATIONSBÜRO
NICARAGUA e.V.

Postfach 10 13 20
42013 Wuppertal

Telefon
0049 202 300030

Fax
0049 202 314346

eMail
info@informationsbuero-nicaragua.org

Internet
www.informationsbuero-nicaragua.org

Wahlprüfsteine zur Problematik von Landgrabbing und Expansion von Monokulturen in den Ländern des globalen Südens durch die Förderung von Agrokraftstoffen

Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013 am 22. September

1. Kraftstoffe aus Biomasse (Agrokraftstoffe) sind in den vergangenen Jahren durch Beimischungsquoten, Investitionsanreize und steuerliche Vergünstigungen stark gefördert worden. In vielen Ländern des globalen Südens hat dies mit beigetragen zu einer erheblichen Zunahme des Anbaus von Energiepflanzen in Monokulturen. Die neu entstandenen Großplantagen werden mit hohem Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden betrieben. Um eine hohe Produktivität zu garantieren, kommen teilweise Chemiecocktails mit bis zu 26 Pestiziden zum Einsatz, die flächendeckend von Flugzeugen oder von großen Besprühungsanlagen aufgebracht werden. Die Folgen für die Plantagenarbeiter_innen und die in der Nähe der Felder lebenden Familien sind furchtbar: Niereninsuffizienz in den Zuckerrohrplantagen oder Leukämie in der Sojaproduktion sind nur die bekanntesten Fälle. (Näheres hierzu unter <http://www.tank-und-tellerrand.net/>)

Agrokraftstoffe erfüllen zudem nicht, was sie versprechen - nämlich die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Im Gegenteil: Durch den expandierenden Anbau von Energiepflanzen (insbesondere Ölpalme, Zuckerrohr und Soja) für Agrarkraftstoffe werden Wälder und Grünland zu Ackerflächen umgenutzt; große Mengen an Kohlendioxid werden dadurch freigesetzt. Die Agrarkraftstoff-Beimischungsziele müssen daher auf den Prüfstand.

Auch aufgrund der Kritik von NGO hat die Umweltkommission der EU im Juli 2013 beschlossen, dass die Erhöhung des Anteils von Agrokraftstoffen im Verkehrssektor auf 10% im Jahr 2020 auf 5,5% begrenzt werden solle.

Frage: Wie steht Ihre Partei zur Rücknahme der Beimischungsquote durch die Umweltkommission? Was bedeutet das für die Umsetzung der Vorgaben in Deutschland hinsichtlich des Biokraftstoffquotengesetz (BioKraftQuG) und des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG)? Was wird Ihre Partei tun, um die Ausbreitung des gesundheitsschädigenden und nicht nachhaltigen Monokulturanbaus in den Ländern des Südens einzuschränken?

2. Assoziierungsabkommen zwischen EU und Zentralamerika (AdA) schafft weitere Anreize für die Expansion der Monokulturen für Agrokraftstoffe

Mit dem Inkrafttreten des AdA und der damit verbundenen massiven Ausweitung der Agrokraftstoffproduktion kommt es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Landvertreibungen. Auch die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung warnte bereits vor dem *„Druck auf die Landnutzung, wenn die Folgen von Bergbau, Abholzung und Agrartreibstoff-Produktion mit einbezogen werden.“* Die Förderung der Privatisierung der Wasserversorgung könne für *„besonders verletzte Gruppen einen verringerten Zugang bedeuten“*.

Ein Abkommen, welches Anreize für eine weitere Expansion der Agrokraftstoffe durch zollfreien EU-Zugang und einen Vorrang für den Investitionsschutz europäischer Konzerne in Zentralamerika schafft, wird daher voraussichtlich zu einer Verschärfung der Konflikte beitragen. Gefährdungen für das Recht auf Nahrung und auf sauberes Wasser sind zu erwarten.

Frage: Wie steht Ihre Partei zu Handelsliberalisierungen und den zu erwartenden Auswirkungen auf besonders verletzte Gruppen und Organisationen? Was wird Ihre Partei unternehmen, um nachteilige soziale, ökologische und gesundheitliche Folgen von Handelsliberalisierungen für die Menschen in den Ländern des Globalen Südens abzuwenden?

3. Weniger Auto statt mehr Agrosprit – oder weiter wie bisher beim Individualverkehr?

Der Straßenverkehr in der EU wuchs zwischen 1997 und 2007 um 43 Prozent. Das Verkehrsministerium erwartet bis 2015 eine weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens. Der Personenverkehr wird voraussichtlich um 20, der Güterverkehr um bis zu 70, und der Güterfernverkehr um 80 Prozent wachsen. Dabei ist der Verkehr EU-weit schon heute für über 25 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Ein solches Transportaufkommen ist unsinnig und hat verheerende Auswirkungen auf Mensch, Natur und Klima. Die Klimaziele im Verkehr können durch eine intelligente Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, die auf den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und

auf Vermeidung unsinniger Transportwege und ein bewussteres Mobilitätsverhalten setzt, deutlich umwelt- und sozialverträglicher erreicht werden als durch das Verbrennen von Nahrungsmitteln und die Zerstörung der letzten Naturflächen.

Frage: Welche Lösungsansätze verfolgt Ihre Partei für die Verkehrspolitik und für die Reduktion des immensen CO₂-Ausstoßes im Verkehr? Welche Rolle soll nach Auffassung Ihrer Partei diesbezüglich dem Anbau von Energiepflanzen, insbesondere aus den Ländern des Globalen Südens, zufallen?

4. Entschädigung der Opfer der Agrokraftstoffproduktion

Die Produktion von Agrokraftstoffen in Nicaragua wird nicht nur durch die europäische Nachfrage, sondern auch durch die Förderpolitik Deutschlands in die Höhe getrieben: In einer parlamentarischen Anfrage an die deutsche Bundesregierung bestätigte diese Anfang 2012 einen Kredit der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG), Tochter der staatlichen KfW-Bankengruppe, von 10 Mio. US-Dollar an die Grupo Pellas (Nicaragua), womit ein Kredit der Weltbank-Tochter für Risikofinanzierungen IFC (International Finance Corporation) von insgesamt 55 Mio. US-Dollar langfristig abgesichert wurde. Damit sollten Investitionen getätigt, die Produktivität gesteigert und die Agrospritproduktion um 25-30% erhöht werden. Einen Zusammenhang zwischen den gesteigerten Hektarerträgen, dem erhöhten Pestizideinsatz und der daraus folgenden Wasserverunreinigung und Zunahme von Niereninsuffizienzkrankungen wies die Bundesregierung als unbewiesen zurück. (siehe: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/084/1708437.pdf>)

Da aber die Produktionsausweitung und -intensivierung eine direkte Folge auch der europäischen und deutschen Agrar- und Energiepolitik ist, erheben Betroffenen-Selbstorganisationen und Nichtregierungsorganisationen die Forderung nach einem Kompensationsfonds für die von der Chronischen Niereninsuffizienz betroffenen PlantagenarbeiterInnen. Dieser soll sich zu einem Teil aus öffentlichen Mitteln (EU-Mittel sowie Mittel aus dem Bundeshaushalt) speisen und zum anderen Teil aus den Gewinnen von Unternehmen der Privatwirtschaft, die in den Bereichen Produktion, Handel und Vermarktung von Agrokraftstoffen in bzw. aus den Ländern des globalen Südens tätig sind.

Frage: Wie steht Ihre Partei zur Einrichtung eines solchen Kompensationsfonds?